

30.08.2017

<p style="text-align: center;">Positionen der Parteien zur Bundestagswahl 2017</p>

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) hat insgesamt acht Fragen zur Bundestagswahl 2017 an die politischen Parteien gestellt, die sich hauptsächlich mit Problemen des Handwerks beschäftigen.

Eine Frage und deren Antworten der Parteien befassen sich mit der Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung. Diese Antworten interessieren auch uns als BLBS.

Die Positionen der Parteien zu den Fragen sind im „Deutschen Handwerksblatt“, Nr.16 vom 24. August 2017, Seite 6 f veröffentlicht.

Ich habe sie im Folgenden als Zitate aus dem „Deutschen Handwerksblatt“, Nr. 16/2017 zur internen Information zusammengestellt:

Frage:

Außerdem wünscht sich das Handwerk die Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung. Wie wollen Sie ein Gleichgewicht herstellen?

CDU/CSU:

Über ein erfolgreiches Berufsleben entscheidet bei uns nicht allein der Schulabschluss. Wir wollen individuelle Bildungs- und Lebenswege ermöglichen. Voraussetzung dafür ist, dass wir Ausbildungs- und akademische Berufe gleich wertschätzen. Denn die Unternehmen benötigen nicht nur gute Ingenieure, sondern auch beruflich qualifizierte Fachkräfte. Wir setzen auf ein durchlässiges Bildungssystem, das ambitionierten Menschen vielfältige Bildungswege eröffnet. Wir werden die berufliche Bildung weiter stärken und hierfür gemeinsam mit Ländern, Kammern und Sozialpartnern das Modell der „Höheren Berufsbildung“ etablieren. Das heißt: Mehr und neue Aufstiegschancen für dual Ausgebildete. Damit eröffnen wir aufstiegsorientierten Menschen ohne Abitur und Studium neue Karriereperspektiven.

SPD:

Berufliche und akademische Bildung sind gleichwertig. Deshalb wollen wir mehrere Maßnahmen ergreifen: wir wollen die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni oder zum Meisterbrief herstellen. Die Zuständigkeiten von Jugendhilfe und Job-Centern müssen gebündelt und Modelle der assistierten Ausbildung und Jugendberufsagenturen mit guten Standards ausgebaut werden. Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen weiter erhöhen und die Unterstützungsangebote für Betriebe, Eltern und Auszubildende ausbauen. Gleichzeitig wollen wir die dualen Berufe modernisieren und zunehmend digitale Kompetenzen aufnehmen. Wer einen Meister hat, soll künftig auch zum Masterstudium zugelassen werden. Duale Studiengänge wollen wir bundesweit verfügbar machen und mit Qualitätskriterien versehen. Und wir wollen die Anzahl der Stipendien für Berufsbildungsabsolventen verdoppeln und mehr Weiterbildungsstipendien ermöglichen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

Diese Gleichstellung ist uns ein wichtiges Anliegen. Mit unserer Ausbildungsgarantie erleichtern wir allen Schulabgängern den Weg in die Ausbildung: Alle Jugendlichen erhalten bis zum 30. September verbindliche Angebote für einen Ausbildungsplatz. Gelingt der Wechsel in einen Betrieb nicht, findet die betriebsnahe Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜBS) statt und führt zu einem anerkannten Berufsabschluss mit Kammerprüfung. Wir schaffen das Schulgeld ab und setzen uns für ein kostengünstiges Auszubildendenticket ein. Wir befürworten branchen- und regionsspezifische Umlagen und wollen allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Stärkung der Tarifautonomie und ergänzend zu den einzelnen Tarifverträgen eine Mindestausbildungsvergütung.

DIE LINKE:

Um die Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung herzustellen, muss der Zugang zu beiden garantiert werden. So wollen wir einen Rechtsanspruch auf Ausbildung im Grundgesetz verankern. Wer eine berufliche Ausbildung absolviert hat, sollte nicht nur ein Studium an einer Hochschule absolvieren dürfen, sondern auch von den entsprechenden Fördersystemen profitieren. Dafür müssen die unterschiedlichen Finanzierungsinstrumente harmonisiert und erweitert werden. Das erfordert eine offene Debatte zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Berufsverbänden, Kammern, Kassen und dem Staat. Altersgrenzen für die Aufnahme geförderter Aus- und Weiterbildung müssen vollständig entfallen. Die Berufsschulen müssen gestärkt und besser ausfinanziert werden.

FDP:

Fragen der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung sind für uns Freie Demokraten auch deshalb von hoher Bedeutung, weil beide zu unserem Konzept „Weltbeste Bildung“ gehören. Berufsausbildung und Meisterbrief stehen für

Qualität und Exzellenz. Eine Berufsausbildung im Handwerk bietet jungen Menschen einen hervorragenden Berufseinstieg und beste Chancen für gesellschaftlichen Aufstieg und Wohlstand. In Anlehnung an die Exzellenzinitiativen im akademischen Bereich setzen wir uns deshalb für einen Exzellenzpakt für die berufliche Bildung ein. Ein Bestandteil davon muss auch die Erhöhung der finanziellen Ressourcen für das duale Ausbildungswesen sein. Wir wollen mehr Investitionen in Aufstiegschancen, in Qualität der Ausbildung und in die Einrichtungen der Berufsbildung.

Alternative für Deutschland:

Eine Gleichschaltung beruflicher Ausbildungsläufe und akademischer Ausbildungsläufe ist unter Berücksichtigung der weiteren universitären Bildungsziele der AfD nicht erforderlich.

Quelle: Deutschen Handwerksblatt, Nr.16 vom 24. August 2017, Seite 6 f

Verantwortlich für die Zusammenstellung: Heiko Pohlmann Kapellenstr. 82, 82239 Alling, Mobil.: 0179/ 1391138